

Haushalt und Fiskalregeln: Stiftung, IW und FiscalFuture schlagen sieben Maßnahmen für mehr Zukunftsinvestitionen vor

- Stiftung KlimaWirtschaft, IW Köln und FiscalFuture veröffentlichen Diskussionspapier zu Haushalt, Sondervermögen, Schuldenbremse und Bereichsausnahme
- Laut Papier könnten die Zinslasten des Bundes künftig schneller ansteigen als die Wirtschaft wächst, was fiskalische Handlungsspielräume einzuengen droht
- Statt die Neuverschuldung vorwiegend für Verteidigung und Zinsen zu nutzen, sollten Mittel stärker an Zukunftsinvestitionen mit höherem Wachstumspotential gebunden werden

Berlin, 12.10.2026. Die Stiftung KlimaWirtschaft, das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und FiscalFuture haben heute ein gemeinsames Diskussionspapier zur Fiskalpolitik der Bundesregierung veröffentlicht. Es erscheint während der Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2027 und vor dem Abschlussbericht der Schuldenbremsenkommission. In dem Papier zeigen die drei Organisationen sieben Wege auf, wie die Regierung zusätzliche fiskalische Spielräume für die Modernisierung von Wirtschaft und Industrie schaffen kann.

Gegenstand des Papiers sind die derzeitigen Planungen zum Bundeshaushalt 2027, dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK), dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) und der Bereichsausnahme für Verteidigung. Die Autoren stellen fest, dass der steigenden Neuverschuldung des Bundes derzeit nur vergleichsweise geringe Zunahmen bei Investitionen und Wachstum gegenüberstehen.

Die Gründe dafür: Der größte Teil der Neuverschuldung entfällt auf die Bereichsausnahme für Verteidigung, während die Zinsausgaben bis 2030 auf mehr als 80 Milliarden Euro steigen. Gleichzeitig tritt ein Teil der Mittel aus dem SVIK an die Stelle ohnehin geplanter Ausgaben und im KTF verschiebt sich die Verwendung hin zu Entlastungen. Im Ergebnis könnte dadurch dringend benötigtes Wachstum zur Zahlung von Zinskosten fehlen. Um dem entgegenzuwirken, bieten sich aus Sicht der Autoren folgende sieben Handlungsoptionen an.

Sieben Handlungsoptionen für Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen

Fiskalregeln und Bereichsausnahme

1. Priorisierung von Investitionen: Bei möglichen Kreditaufnahmen sollten Kredite deutlich stärker an Investitionen gebunden werden, Maßstab bleibt der Nettoaufbau des öffentlichen Kapitalstocks.
2. Begrenzung der Bereichsausnahme: Der Kreditspielraum sollte nach Erreichen des NATO-Ziels von 3,5 Prozent des BIP begrenzt werden und ab dem kommenden Jahrzehnt kontinuierlich abschmelzen.

KTF und SVIK

3. Verwendung der Emissionshandelserlöse (EU ETS 1): Die Erlöse sollten vollständig im KTF zweckgebunden werden und in Dekarbonisierungsinvestitionen von Industrie und Wirtschaft zurückfließen.

4. Maßstäbe der Investitionsmessung: Die SVIK-Mittel sollten zusätzliche Investitionen auslösen, statt ohnehin geplante Ausgaben des Bundes zu ersetzen.
5. Ausbau des Monitorings: Mittelbindung und Mittelabfluss von SVIK und KTF sollten einheitlich und titelscharf erfasst werden.

Private Beteiligung und Verfahren

6. Beteiligung privaten Kapitals: Programme sollten so ausgestaltet werden, dass der Hebel von rund 1,50 Euro privater Investition je Euro öffentlicher Investition wirksam wird.
7. Bürokratieabbau und Zugang zu den Mitteln: Antrags- und Nachweisverfahren sollten vereinfacht, Bewilligungshorizonte verlängert und die überjährige Verwendbarkeit der Mittel gesichert werden.

Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung KlimaWirtschaft:

„Um den Standort zu modernisieren, müssen jetzt viele Milliarden in Infrastruktur investiert werden - auch von der öffentlichen Hand. Damit sich die dafür aufgenommenen Kredite rechnen, ist es jedoch wichtig, dass durch die öffentlichen Mittel auch private Investitionen und neues Wachstum ausgelöst wird, damit die Zinsen abbezahlt werden können. Derzeit erleben wir allerdings noch das Gegenteil, weshalb die Regierung nachschärfen und mehr Investitionen in Zukunftstechnologien lenken sollte.“

Tobias Hentze, Leiter Themenfeld Öffentliche Finanzen beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW):

„Die Politik verfügt über große Möglichkeiten, die Versäumnisse bei Infrastruktur, Transformation und Verteidigung nachzuholen. Jetzt muss sie liefern und verantwortungsvoll agieren. Sonst kommt uns der Schuldenanstieg teuer zu stehen.“

Carl Mühlbach, Geschäftsführer von FiscalFuture:

„Junge Menschen sind auf zukunftsfähige Staatsfinanzen angewiesen. Hierfür muss die Finanzierung von Investitionen verstetigt werden. Zudem muss die Bereichsausnahme für Verteidigung zurückgefahren und durch eine Stärkung der Einnahmeseite ersetzt werden.“

Pressekontakt

Simon Vogelsang

Sprecher Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Stiftung KlimaWirtschaft

Telefon: +49 (0)157 7182 5877

E-Mail: simon.vogelsang@klimawirtschaft.org